

Pressemitteilung

Düsseldorf, 19. April 2012
Nr. 2

Politischer Talk zur Landtagswahl 2012

Mit einem Appell an die Politik, sich auf allen politischen Ebenen, insbesondere aber in Europa, für die Interessen und Anliegen der Freien Berufe in der nächsten Legislaturperiode starkzumachen, endete der Politische Talk zur Landtagswahl 2012, der vom Verband Freier Berufe im Lande Nordrhein-Westfalen e. V. (VFB NW) am 18. April in Düsseldorf ausgerichtet wurde. An der Veranstaltung nahmen folgende Landespolitiker teil: Lutz Lienenkämper, Staatsminister a. D., CDU; Hans-Willi Körffges, SPD; Daniela Schneckenburger, Bündnis90/Die Grünen und Dietmar Brockes, FDP.

VFB NW-Vorsitzender Hanspeter Klein machte deutlich, dass sich die Freien Berufe auf europäischer Ebene nicht ausreichend unterstützt sähen. Er bat die anwesenden Landespolitiker, sich in der nächsten Legislaturperiode dafür einzusetzen, dass das Land Nordrhein-Westfalen in Berlin, insbesondere aber in Brüssel, sein Gewicht stärker als bisher nutzt, um im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten mit zu gestalten statt nur zu verwalten.

„Von großer Bedeutung für die Gesellschaft ist die Stärkung der Freiberuflichkeit statt ihrer Kommerzialisierung“, so Klein. Die Heilberufe, die rechts-, steuer- und wirtschaftsberatenden Berufe, die naturwissenschaftlichen/technischen Berufe und die informationsvermittelnden Berufe/Kulturberufe sind von dem Prozess der Kommerzialisierung gleichermaßen betroffen, einem Prozess, in dem sich wirtschaftliche Interessen, z. B. Kapitalgesellschaften, einen Gesellschaftsbereich erschließen und ausnutzen, der bislang nicht an ökonomischen Zwecken der Gewinnmaximierung orientiert war.

Klein fordert: „NRW muss auch weiterhin den optimalen Rahmen für die unabhängige Beratung und Betreuung von Klienten, Kunden, Mandanten und Patienten sicherstellen. Der Freiberufler muss im Kern seiner Leistung frei bleiben. Nur so kann er sich der individuellen Situation des Klienten, Kunden, Mandanten oder Patienten im erforderlichen Umfang widmen. Es kommt darauf an, sich gemeinsam mit der Politik im Bund und auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die qualitativ hohen deutschen Standards von neu gesetzten europäischen Standards nicht nach unten nivelliert werden.“